

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Tommy Tabor (AfD)**

vom 16. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Januar 2024)

zum Thema:

**Jugendliche Intensivtäter als Gefahr für andere Jugendliche:
Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg**

und **Antwort** vom 6. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. Februar 2024)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18006
vom 26. Januar 2024
über Jugendliche Intensivtäter als Gefahr für andere Jugendliche:
Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Auf dem Schulhof der Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg gerieten am 11. Dezember 2023 Schüler in Streit, es entwickelte sich eine gewalttätige Auseinandersetzung. Beteiligt waren dabei laut Presse auch zwei Intensivtäter. Welche Rolle spielten die beiden Intensivtäter bei der Auseinandersetzung?

Zu 1.: Aufgrund des Datenschutzes kann Hinweisen und Befragungen von Schülerinnen und Schülern nur im Zusammenhang mit Vorfällen in der Schule nachgegangen werden. Es gibt in der Schule weder eine Begrifflichkeit noch eine Erfassung von Jugendlichen als „Intensivtäter“.

2. Inwiefern war es der Schulleitung der Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg bekannt, dass Intensivtäter die Schule besuchen?

Zu 2.: Die Schulleiterin wurde am ersten Schultag des Schuljahres 2023/2024 darüber informiert, dass ein Schüler in das Programm der Jugendgerichtshilfe aufgenommen worden sei.

3. Inwiefern war es der Elternschaft der Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg bekannt, dass Intensivtäter die Schule besuchen?

4. Inwiefern war es anderen Schülern der Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg bekannt, dass Intensivtäter die Schule besuchen?

Zu 3. und 4.: Weder Eltern noch Schüler dürfen aus datenschutzrechtlichen Gründen Informationen zu einzelnen Schülern erhalten.

Berlin, den 6. Februar 2024

In Vertretung

Christina Henke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie